

# Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **187 (2021)**

Heft 7

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## Europäische Union

## Verteidigungs-Update

Einmal mehr wurde beschlossen, dass die Europäische Union eine Soforteingreiftruppe bekommen soll. Die Pläne, von 14 Mitgliedstaaten der EU ausgearbeitet, sehen eine 5000 Soldaten starke Eingreiftruppe vor, mit Schiffen und Flugzeugen. Unter anderem um fremden (demokratischen) Staaten, die auf Hilfe angewiesen sind, ebendiese zu leisten. Das alles geht auf die ersten Versuche von vor 20 Jahren, eine Euroarmee aufzustellen zurück. 1999 plante man, bis 2007 eine Kampfgruppe mit etwa 1500 Soldaten bereitzustellen. Mit dem Ziel, in Konflikten – wie auf dem damaligen Balkan – schnell und entschlossen einen Brückenkopf bilden zu können, um weitere Kräfte zur Stabilisierung nachfliessen zu lassen. Allein, das wurde seit her nie (mehr) gebraucht. Nun wollen also Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechen-

land, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Spanien, Tschechien und Zypern Geld für einen Neustart bereitstellen. Gleichzeitig erweiterte die EU im Mai ihr im Jahr 2017 beschlossenes PESCO-Abkommen im Bereich der militärischen Mobilität auf die USA, Kanada und Norwegen. Diese Sparte wird als Filetstück der Verteidigungszusammenarbeit mit der NATO angesehen. Geht es doch im besonderen darum, Truppen innerhalb Europas rasch mobilisieren und vor al-

lem verschieben zu können. Der hohe Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell lobt den Entscheid: «Das Wissen unserer neuen Partner wird dem PESCO-Projekt im Allgemeinen und der Mobilität im speziellen innerhalb und ausserhalb der EU grossen Nutzen bringen. Es macht unsere Verteidigung effizienter und trägt damit zu mehr Sicherheit bei.» Der Schritt kommt nicht von ungefähr, in Europa sind ca. 70 000 US-Militärs stationiert, viele davon im Baltikum. Dort führt derzeit Ka-

nada die mit der NATO «Enhanced Forward Presence» beauftragte Battlegroup an. Norwegen indes gilt als Schlüsselgebiet für die nordeuropäische Sicherheit und insbesondere den Schutz der Arktis. Somit kann in den nächsten sieben Jahren mit einem Budget von 1,7 Milliarden Euro zu Gunsten der militärischen Mobilität und der damit verbundenen Aufwertung der Brücken-, Schienen- und Strasseninfrastruktur gerechnet werden. Im Rahmen von zivil-militärischen Verwendungszwecken soll das Geld dem transeuropäischen Verkehrsnetz, das Verkehrsträger wie Binnenwasserstrassen, Flughäfen bis hin zu Bahnterminals verbindet, zugutekommen. Es wird via die Connecting Europe Facility, das wichtigste Finanzierungsinstrument zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Infrastrukturinvestitionen auf europäischer Ebene zivil-militärisch kofinanziert.



Neuer Versuch zur Euro-Armee?

Bild: EUIR

## Deutschland

## Reform der Bundeswehr

Am 18. Mai war es so weit. Die Verteidigungsministerin und ihr Generalinspekteur präsentierten mittels Tagesbefehles die «Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft», also der fortlaufenden Reform der Bundeswehr. Es geht darum, die Beschaffung zu beschleunigen, Führungsstrukturen zu straffen und die generelle Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Im Dokument sind keine bahnbrechenden Neuerungen beschrieben, weiterhin bleibt es bei 203 300 Soldaten und 67 800 Zivilstellen. Kein Personalabbau, keine Kasernenschliessungen. Und unter Straffung der Führung versteht Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer die Verbesserung

der Zusammenarbeit mit dem Bundestag und dessen Aufsichtsorganen, sowie die allgemeine «strategische Koordination und Führung» der Bundeswehr. Die HQ bleiben an beiden Standorten Bonn und Berlin bestehen. Beide erhalten ein nationales Territorialverteidigungskommando, das nebst seiner originären Aufgabe auch NATO- und EU, besonders bei Übungen und dem Transit deren Truppen durch Bundesgebiet unterstützt. Regional werden Folge dessen auch die 16 Landesverteidigungskommandos gestärkt. Der «Bund» wird mit einem Kommando für Cyber und Information eine neue Teilstreitkraft erhalten und fortan nur noch aus dieser und den Teilbereichen Heer, Ma-

rine und Luftwaffe bestehen. Deshalb wird die Anzahl «militärischer Leistungsstäbe» reduziert. Insgesamt lässt das 27 Seiten starke Reformpapier einige Fragen offen. Die geplante Auflösung der Streitkräftebasis und des Sanitätsdienstes mittels Integration in andere Truppenteile löste denn auch eine Welle der Empörung unter Soldaten und Politikern aus. Exakt jene Kräfte also, die derzeit mit über 50 000 Soldaten beim Afghanistanrückzug und der Bewältigung der Covid-Pandemie eingesetzt sind. Zu welchem Schluss dieser Planungsauftrag dereinst kommt, bleibt unklar. Ebenfalls, ob das Reformpapier die Bundestagswahl von Ende September überleben wird.

## Russland

## Präsidiale Einschätzung zu Lage der Armee

Anlässlich der traditionellen Frühlingstreffen der Chefs der russischen Teilstreitkräfte, des Verteidigungsministers und des Generalstabchefs mit Vertretern der Industrie zur Entwicklung der Streitkräfte Ende Mai in Sotschi, lobte Präsident Vladimir Putin einmal mehr die Schlagkraft seiner Armee. Die Hyperschallwaffen werden zwar noch am Rande erwähnt. Auch, dass sich das S-500 Luftabwehrsystem in den Schlusstests befindet. Ausdrücklich wies er aber darauf hin, dass sich die russischen Streitkräfte in einem andauernden und hohen Kampf-Bereitschaftsgrad befinden. Dazu priorisiert er: Erstens sollen sich alle



Spitzentreffen der russischen Generalität.

Bild: Kremel

Waffengattungen und Dienstzweige systemisch und perfekt aufeinander abgestimmt weiterentwickeln. Zweitens will er der Erneuerung der strategischen Nuklearwaffen höchst-

te Bedeutung bemessen. Diese «seien ein Schlüsselfaktor für Russlands Stabilität und Sicherheit». Drittens geht es darum, dass die Rüstungsprogramme bis 2034 umfassend

und mit hoher Qualität weitergeführt werden. Nur das Beste komme für die Hauptsysteme in Frage. Selbstverständlich war für Putin offenbar auch, dass 2020 alle vom Heer und der Marine durchgeführten Übungen wie angedacht verliefen, auch wenn die Corona-Pandemie deren Planung und Umsetzung teilweise beeinträchtigte. Manöverkritik: Alle Ziele wurden zeitgerecht und ohne Abstriche erfüllt und zwar in sämtlichen inspierten Militärbezirken. Der Grund dafür scheint für ihn klar: Die Ausbildungsgrundlagen und -standards des Generalstabs haben sich massiv verbessert.

Unter anderem auch deshalb, weil sämtliche Kommandanten (und Stäbe) der Teilstreitkräfte, sowie über 85% der Manöverbrigaden, Truppenkörper, Regimenter und Bataillone Kampferfahrung in Syrien gesammelt haben. Diese Erkenntnisse fließen direkt in die Ausbildung ein. Die strategischen Planungsdokumente wurden deshalb auf Grund der gemachten Erfahrungen gänzlich überarbeitet und angepasst. Und zwar nicht nur, so Putin, «im Lichte der aktuellen Realitäten, sondern vor allem auch mit Rücksicht auf die Art der potenziellen Bedrohungen und Herausforderungen der Zukunft».

## Österreich

### Wien bekommt NATO-Verbindungsbüro

Zusammen mit dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg unterzeichnete der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten Österreichs, Alexander Schallenberg, im Mai in Brüssel ein Abkommen über die Errichtung eines NATO-Verbindungsbüros in Wien. Dabei geht es darum, dass die Nordatlantikkallianz ihre Beziehungen zu der in der österreichischen Hauptstadt beheimate-

ten OSZE, sowie dem weiteren offiziellen Amtssitz der UNO in Wien und weiteren internationalen Organisationen ausbauen und intensivieren möch-

te. Anlässlich der Vertragsunterzeichnung lobte Stoltenberg das österreichische Engagement zu Gunsten der NATO im Rahmen von Pfp (Öster-

reich ist seit 26 Jahren NATO-Partner), hob besonders dessen Einsätze in der KFOR-Mission auf dem Westbalkan hervor und dankte für den geleisteten Beitrag in Afghanistan. Minister Schallenberg weiss deshalb um die Wichtigkeit seines Landes als verlässlicher Schauplatz des Multilateralismus und betonte nach dem feierlichen Vertragsabschluss: «Die NATO ist und bleibt eine starke transatlantische Klammer und ein wichtiger Baustein einer regelbasierten internationalen Ordnung.»



Präsenz in Österreich besiegelt.

Bild: NATO

## USA/Afghanistan

### US-Abzug bringt CIA unter Zugzwang

Der schnelle Abzug der US-Truppen aus Afghanistan setzt den US-Geheimdienst CIA unter Zugzwang. Er muss neue Stützpunkte in Nachbarländern suchen, von denen aus er seine Operationen durchführen kann. Die Aussichten stehen allerdings schlecht, und die militant-islamistischen Taliban nutzen die Gunst der Stunde.

US-Präsident Joe Biden hatte einen vollständigen Truppenabzug aus Afghanistan bis spätestens 11. September angekündigt, dem 20. Jahrestag der Terroranschläge von New York und Washington, die Ausgangspunkt der US-Intervention in Afghanistan waren. Die US-Armee gab bereits mehrere Militärstützpunkte auf. Laut US-Verteidigungsminister Lloyd Austin liegen die USA beim Abzug leicht vor dem Zeitplan. Rund

30 bis 44 Prozent des Abzugs seien bereits abgeschlossen.

Damit verliert auch die CIA, die das Herzstück der knapp 20-jährigen amerikanischen Präsenz in Afghanistan bildete, sukzessive ihre Stützpunkte, von denen aus sie ihre Operationen zur Informationsbeschaffung und «Terrorismusbekämpfung» durchführte. Dabei handelte es sich meistens um Drohneneinsätze. Die USA bemühen sich derzeit darum, neue Standorte rund um

Afghanistan zu finden, und haben dabei vor allem Pakistan im Auge.

CIA-Chef William Burns besuchte unlängst Islamabad, um sich mit der Führung des pakistanischen Militärgeheimdienstes ISI über einen US-Luftwaffenstützpunkt abzusprechen. Das berichtete die «New York Times». Auch Austin habe mit dem pakistanischen Militärführer Qamar Javed Bajwa darüber telefoniert – bisher ohne Erfolg.

Pakistans Aussenminister Shah Mehmood Qureshi sagte, dass seine Regierung der CIA keine Operationsbasis zur Verfügung stellen werde.

Die CIA führte seit 2004 von Pakistan aus Drohnenangriffe auf Anführer der Taliban und des Terrornetzwerks al-Kaida aus. Unter Ex-US-Präsident Barack Obama wurden die Einsätze ab 2009 intensiviert. Wegen der vielen zivilen Opfer gerieten sie immer wieder in die Kritik. Kritisiert wurden die Angriffe auch deswegen, weil dabei Verdächtige ohne Gerichtsprozess getötet werden.

Die USA suchen laut «New York Times» auch Stützpunkte in zentralasiatischen Ex-Sowjetrepubliken, die an Afghanistan grenzen. Der US-Sondergesandte Zalmay Khalilzad wurde zu diesem Zweck nach Usbekistan und Tadschikistan geschickt, wo nach dem Afgha-

nistan-Krieg in den 1990er-Jahren amerikanische Truppen und Geheimdienstoffiziere untergebracht waren und die Taliban-Bewegung noch unterstützten. Es wird erwartet, dass der russische Präsident Wladimir Putin Standorte in diesen Ländern vehement ablehnen werde.

Aktuelle CIA-Berichte würden die Lage in Afghanistan zunehmend pessimistisch sehen, schrieb die «New York Times». «Wenn die Zeit für den Rückzug des US-Militärs gekommen ist, wird die Fähigkeit der US-Regierung, Bedrohungen zu erkennen und darauf zu reagieren, abnehmen», sagte Burns im April. «Das ist einfach eine Tatsache.» Derzeit nutzt das Pentagon einen Flugzeugträger in der Region, um Operationen durchzuführen und den geplanten Truppenabzug zu decken.

## Kanada

### Roll-Out der neuen ACSV-Familie in Kanada

Kanada hat die ersten Armoured Combat Support Vehicle (ACSV) erhalten. Der feierliche Roll-Out der ersten Fahrzeugvariante, einem Troop Cargo Vehicle (TCV), fand im Mai in Ontario statt.

Im August 2019 beauftragte die kanadische Regierung General Dynamics Land Systems-Canada mit der Entwicklung und Produktion von 360 gepanzerten Kampfunterstützungsfahrzeugen für die kanadische Armee. Die ACSV sind eine Erweiterung der bestehenden Light Armoured Vehicle (LAV) 6.0-Familie, die bei der kanadischen Armee bereits im Einsatz ist. Die in Kanada entwickelten und hergestellten LAV 6.0 ACSV-Varianten haben ein gemeinsames Basisfahrzeuggestell. Die bestehende Flotte von LAVs reduzieren somit dank der gemeinsamen

Basiskonfiguration die Schulungs- und langfristigen Wartungskosten.

Das neue Fahrzeug wurde eng mit der kanadischen Armee entwickelt und spiegelt den Schutz und die Mobili-



Roll-Out in Ontario.

Bild: BS/General Dynamics

tät wider, die für die erfolgreiche Durchführung von Operationen unter Einsatzbedingungen erforderlich sind. Der ACSV-Vertrag sieht acht weitere Varianten der LAV 6.0-Fahrzeugfamilie vor, darunter Sanitätsfahrzeuge, Gefechtsstände, Wartungs- und Bergungsfahrzeuge, Logistik und Truppentransporter.

## USA

### Arktis-Strategie

Mit demonstrativer Herzlichkeit wurde im Mai in Kopenhagen der Aussenminister der neuen US-Regierung, Antony Blinken, willkommen geheissen. Es empfingen ihn nacheinander die Premierministerin, dann die Königin und zuletzt gleich alle drei Aussenminister des dänischen Königreiches: Neben dem dänischen Minister sassen auch dessen Kollegen von den Färöern und aus Grönland mit am Tisch.

Kopenhagen war nur der erste Stopp Blinkens auf einer Reise in den hohen Norden, die ihn noch nach Island und nach Grönland führte. Im Zentrum der Reise stand die «arktische Agenda». Also Sicherheitspolitik und Geostrategie in einer Arktis, die eben jener Klimawandel durch das schmelzende Eis interessant für Wirtschaft und Militärs, für Rohstoffabbau und Schifffahrt macht.

Blinken würdigte die Rolle Dänemarks als «einziges Land der Welt, das Mitglied der EU, der NATO und des Arktischen Rates ist». Mette Frederiksen, die dänische Premierministerin, sagte, man müsse sicherstellen, «dass das dänische Königreich, die Vereinigten Staaten und die NATO die entscheidende Rolle in der Arktis spielen – und nicht andere». Ein kaum versteckter Seitenhieb gegen Russland, das zunehmend in militärische Infrastruktur in der Arktis investiert. Der dänische Aussenminister Jeppe Kofod wurde nach seinem Gespräch mit Blinken deutlicher: «Wir haben gesehen, dass Russland einige der Stützpunkte, die nach dem Kalten Krieg geschlossen wurden, wiedereröffnet. Und wir beobachten grössere Aktivitäten in der Arktis.»

Danach brachte Blinken Richtung Island auf, wo er

an der Sitzung des Arktischen Rates teilnahm und auch seinen russischen Amtskollegen Sergej Lawrow traf. Russland übernahm bei dem Treffen für zwei Jahre die Führung des Rates. Der Arktische Rat ist ein Forum, bei dem sich die arktischen Anliegerstaaten USA, Russland, Kanada, Grönland, Island, Finnland, Norwegen, Schweden und Dänemark gemeinsam mit Verbänden der indigenen arktischen Völker austauschen. Dabei ging es in den vergangenen Jahren um Kooperation bei Themen wie Klima, Umweltschutz und Gesundheit.

Beim Arktischen Rat war man bislang stolz darauf, dass Konfliktthemen wie Sicherheitspolitik zugunsten praktischer Zusammenarbeit aussen vor geblieben waren. Die Frage ist, wie lange das noch so bleiben wird. Dass sowohl Dänen als auch Amerikaner der NATO eine Rolle in der Arktis zusprachen, wird man in Moskau nicht gern gehört haben. Kommentiert hat man das indes nicht.

Im Fokus der amerikanischen Arktis-Überlegungen steht dabei Grönland. Auf der 56 000-Einwohner-Insel ist man geschmeichelt und erfreut, dass tatsächlich ein US-Aussenminister im ersten halben Jahr seiner Amtszeit vorbeigeschaut hat. Grönland ist eine autonome Nation innerhalb des Königreichs Dänemark. Es gibt dort ein Lager, das baldmöglichst die völlige Unabhängigkeit anstrebt und sich vom Werben der USA Rückenwind für dieses Unterfangen erhofft. Die USA haben vor einem Jahr erst wieder – noch unter Trump – ein Konsulat in Grönlands Hauptstadt Nuuk eröffnet, fast 70 Jahre nachdem sie das letzte Konsulat 1953 geschlossen hatten. Seit 1951 schon betreiben sie die Thule-Militärbasis im Nordosten der Insel.

## Japan

### Eine Botschaft an China

Zum ersten Mal zogen Japan, die USA und Frankreich gemeinsam im Mai 2021 ins Manöver. Das Ziel: dem Rivalen China Stärke demonstrieren. Auch der neue Partner Frankreich hat in der Region Interessen.

Eine bemerkenswerte Premiere in unruhigen Zeiten: Japan, Frankreich und die USA probten zum ersten Mal gemeinsam militärische Manöver – zu Wasser, zu Land und in der Luft. Hauptsächlich soll es um Rettungsmaßnahmen bei Naturkatastrophen gehen, aber einige der geplanten Übungen könnten auch als Grundlage für die Verteidigung im Falle eines Angriffs dienen.

Die USA und Japan sind jahrzehntelange Bündnispartner, Frankreichs Teilnahme ist neu – und brisant. «Dies ist eine Botschaft, die an China gerichtet ist», sagte der französische Marine-Stabschef Pierre Vandier der japanischen Zeitung «Sankei». «Wir wollen unsere Präsenz in der Region demonstrieren und ein Zei-

chen für die japanisch-französische Zusammenarbeit senden.»

Hintergrund der militärischen Muskelspiele ist unter anderem der Dauerkonflikt um acht unbewohnte Felsen-Inseln mitten im Ostchinesischen Meer – 150 Kilometer von Japan, 170 Kilometer von Taiwan und 330 Kilometer von Festlandchina entfernt. Angesichts ihrer Lage haben die Senkaku-Inseln für alle drei Länder eine grosse strategische Bedeutung. Wer sie kontrolliert, kontrolliert die See wege der Region. Japan verwaltet die Inseln, China und Taiwan beanspruchen sie für sich und nennen sie Diaoyu oder Diaoyutai. In den Gewäs-

sern rund um die Inselgruppe waren zuletzt nahezu täglich Schiffe der chinesischen Küstenwache aufgekreuzt – eine Provokation für Japan. Die militärische Zusammenarbeit mit westlichen Partnern ist eine Antwort auf die Einschüchterungsversuche – ein Signal der Stärke, das auch so verstanden werden soll.

Dabei hat Japan in Artikel 9 seiner Nachkriegsverfassung dem Krieg für immer abgeschworen und formal gesehen nicht einmal ein Militär, sondern lediglich eine Selbstverteidigungsarmee. Offizielle Schutzmacht des Inselstaats sind deshalb die USA – inklusive Zehntausender in Japan stationierter US-Soldaten. Erst

kürzlich erneuerten die USA ihre Sicherheitsgarantie für Japan – inklusive des Einsatzes von Atomwaffen im Bedarfsfall. Es war kein Zufall, dass Japans Ministerpräsident Yoshihide Suga als erster ausländischer Staatsgast ins Weisse Haus eingeladen wurde. Nach der symbolträchtigen Visite betonte US-Präsident Joe Biden, beide Staaten seien entschlossen, gemeinsam «der Herausforderung durch China zu begegnen». Es gehe darum, die Zukunft eines friedlichen, freien und offenen Indo-Pazifik-Raums zu garantieren. Ein Ziel, das auch Frankreich teilt.

Paris betrachtet den Indischen Ozean und den Pazifik als einen zusammenhängenden Wirtschaftsraum, über dessen Seewege die wichtigsten weltweiten Warenströme abgewickelt werden. Dementsprechend gross sind die strategischen Interessen in diesen Meeresgebieten – von der Insel La Réunion im Indischen Ozean bis zu Französisch-Polynesien um Südpazifik. Beides sind französische Hoheitsgebiete.



China und Japan demonstrieren ihre Ansprüche auf die Senkaku-Inseln.

Bild: ARD

## Brasilien

### Militär in Manaus wegen ausufernder Bandengewalt

Nach einer Welle von Vandalismus und mutmasslicher Bandengewalt im Herzen des Amazonasgebiets hat die brasilianische Regierung das Militär nach Manaus geschickt. «Auf Ersuchen des Gouverneurs des Amazonas und mit dem Ziel, zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt des Bundesstaates beizutragen, habe ich soeben den Einsatz der Streitkräfte in Manaus genehmigt», schrieb Justizminister Anderson Torres im Juni 2021.

Mutmasslich eine kriminelle Bande hatte als Vergeltung für den Tod eines ihrer Mitglieder bei einem Polizeieinsatz seit dem Wochenende Autos und Busse angezündet, Bankfilialen geplündert und öffentliche Gebäude beschädigt. «Ein Szenario der Zerstörung und des totalen Chaos», schrieb das Portal «Amazonia Real». Die Regierung des Bundesstaates Amazonas zählte bis Mitte Juni mehr als 40 Angriffe in Manaus und anderen Städten des Bundesstaates, 31 Verdächtige wurden festgenommen, wie brasilianische Medien unter Berufung auf den Sekretär für öffentliche

Sicherheit, Louismar Bonates, berichteten.

Unter den Festgenommenen waren demnach zwei führende Mitglieder des «Comando Vermelho» (Rotes Kommando) und ein elfjähriges Kind, das der Zeitung «Folha de S. Paulo» zufolge als Späher gearbeitet haben soll. Das Verbrechen syndikat aus Rio de Janeiro kontrolliert laut «Folha» nach einem Machtkampf mit der «Familia do Norte» (Familie des Nordens) den Drogenhandel in Manaus. Dutzende Menschen wurden bei der blutigen Bandenfehde in den vergangenen Jahren unter anderem bei Auseinan-

dersetzungen in Gefängnissen getötet.

Wegen der jüngsten Angriffe stand das öffentliche Leben in der Millionenstadt Manaus, die zudem unter Rekord-Hochwasser leidet, fast still. Der öffentliche Nahverkehr wurde vorübergehend eingestellt, Schulen wurden geschlossen. Auch die Corona-Impfkampagne wurde unterbrochen. Bewohner sagten der Zeitung «O Globo», sie fühlten sich wie Geiseln in ihren Häusern und hätten Angst, diese zu verlassen.

Pascal Kohler,  
Henrique Schneider